Nachrichten aus dem Rathaus

Nr. 1256 / 09.11.2026

Stadt Nürnberg

Amt für Kommunikation und Stadtmarketing

Leitung:

Andreas Franke

Fünferplatz 2

90403 Nürnberg

presse.nuernberg.de

Haushaltskrise: Massiver Spardruck zwingt Nürnberg zum Handeln

Die Nürnberger Stadtspitze hat am Montag, 9. November 2026, das Haushaltskonsolidierungskonzept (HKK) vorgestellt. Das Paket sieht für 2027 eine Haushaltsentlastung von rund 69,7 Millionen Euro vor. Bis 2030 soll das jährliche Entlastungsvolumen auf rund 123,5 Millionen Euro steigen. Die Maßnahmen verteilen sich auf sechs Bereiche und verbinden Einsparungen in der Verwaltung mit Veränderungen städtischer Angebote und zusätzlichen Einnahmen. Zugleich fordert die Stadtspitze eine dauerhaft bessere Finanzierung der Kommunen durch Bund und Land.

„Wir wollen, dass Nürnberg seine Aufgaben auch in Zukunft verlässlich erfüllen kann. Dafür müssen wir jetzt schwierige Entscheidungen treffen. Uns ist bewusst, dass die Einschnitte Beschäftigte, Einrichtungen und viele Menschen in unserer Stadt treffen werden. Diese Veränderungen werden wir offen erklären. Als Stadtspitze übernehmen wir Verantwortung dafür, Nürnberg finanziell handlungsfähig zu halten. Dafür brauchen wir auch die Unterstützung von Bund und Land“, erklärt Oberbürgermeister Marcus König.

Finanzielle Lage bleibt angespannt

Die finanzielle Lage bleibt angespannt. Die jüngste Steuerschätzung und die Aussichten bei den Schlüsselzuweisungen bringen bislang nicht die erhoffte spürbare Entlastung. Gleichzeitig steigen die Kosten der städtischen Aufgaben. Besonders die wachsenden Sozialausgaben setzen die kommunalen Haushalte unter Druck. Dies betrifft auch die Bezirke, deren Finanzbedarf über die Bezirksumlage auf die Städte und Landkreise durchschlägt. Die Regierung von Mittelfranken hat von der Stadt Nürnberg ein Haushaltskonsolidierungskonzept eingefordert.

Stadtkämmerer Thorsten Brehm betont: „Wir müssen unsere Ausgaben und Einnahmen dauerhaft wieder in ein tragfähiges Verhältnis bringen. Dafür leisten wir einen erheblichen eigenen Beitrag. Zugleich brauchen wir Hilfe von Bund und Freistaat. Höhere Schlüsselzuweisungen müssen den Städten tatsächlich zusätzlichen Spielraum verschaffen. Die strukturelle Unterfinanzierung der Kommunen lässt sich durch Einsparungen vor Ort allein nicht lösen."

Das Konsolidierungskonzept sieht folgende Entlastungen vor:

Bereich	**2027**	**2028**	**2029**	**2030**
Steuern und Gebühren	9,5	23,6	23,6	23,6
Eigenbetriebe, Töchter, Sozialticket	32,4	21,9	23,4	29,4
Personal und Zusatzleistungen	12,0	27,4	39,0	46,1
Veranstaltungen	1,0	0,9	0,9	0,9
Defizitäre Einrichtungen, Verwaltungsbudgets	10,6	12,2	12,8	13,3
Zuschüsse	4,1	5,2	6,5	10,1
Gesamt	69,7	91,3	106,2	123,5

(Geplante Entlastung in Millionen Euro. Rundungsdifferenzen möglich.)

Den größten Beitrag im Jahr 2030 leistet der Bereich Personal und Zusatzleistungen. Bis dahin sollen rund 500 Stellen entfallen. Dafür sollen unter anderem Ruhestände und andere Austritte genutzt, befristete Stellen teilweise nicht verlängert und Aufgaben neu organisiert werden. Betriebsbedingte Kündigungen schließt die Stadt wie bisher aus. Hinzu kommen Kürzungen freiwilliger Zusatzleistungen für die Mitarbeitenden und der Wegfall der Freistellung am Faschingsdienstag.

Erhöhung der Zweitwohnungssteuer

Bei Steuern und Gebühren sind unter anderem die Erhöhung der Zweitwohnungsteuer auf 16 Prozent ab 2027, Anpassungen bei Stadtbibliothek, Tiergarten und Museen vorgesehen. Ab 2028 soll eine Tourismusabgabe rund zehn Millionen Euro jährlich einbringen. Dafür muss der Freistaat die rechtlichen Voraussetzungen schaffen.

Auch Eigenbetriebe und Tochterunternehmen sollen Konsolidierungsbeiträge leisten. Bei der Verkehrs-Aktiengesellschaft (VAG) sind Entlastungen von fünf Millionen Euro im Jahr 2027 und zehn Millionen Euro ab 2029 vorgesehen. Die Reduzierung des Zuschusses zum

Sozialticket soll den Haushalt 2027 um fünf Millionen Euro und 2030 um 7,25 Millionen Euro entlasten. Weitere Beiträge sind unter anderem bei Sör, NürnbergBad und dem Staatstheater vorgesehen.

Bei Einrichtungen und Verwaltungsbudgets umfasst das Konzept eine pauschale Budgetkürzung um ein Prozent, weniger Büro- und Lagerflächen sowie ein verbessertes Forderungs- und Vollstreckungsmanagement. Vorgesehen sind auch Schließungen, darunter die Kunsthalle und die Kulturläden Ziegelstein, Vischers und Zeltnerschloss ab 2028. Im Bereich Zuschüsse sind Kürzungen und eine weitere Überprüfung geförderter Angebote vorgesehen.

Klassik Open Air alle zwei Jahre

Bei Veranstaltungen sollen Budgets reduziert und einzelne Angebote in einem zweijährigen Turnus durchgeführt werden. Dies betrifft das Klassik Open Air und das Erfahrungsfeld zur Entfaltung der Sinne. Beim Bardentreffen ist für 2027 eine einmalige Budgetreduzierung vorgesehen.

Über die vorgeschlagenen Maßnahmen entscheidet der Stadtrat im Rahmen der Haushaltsberatungen ab Donnerstag, 19. November. Die Umsetzung und die tatsächlich erreichten Entlastungen sollen regelmäßig überprüft werden. Auch nach diesem Paket bleibt weiterer Handlungsbedarf. Die Haushaltskonsolidierung wird die Stadt deshalb in den kommenden Jahren weiter begleiten.